

Elektorale Effekte negativer Integration? Die Europäische Gemeinschaft und die Europawahlen, 1979 bis 2004¹

Philip Manow

1 Einleitung

Die Wahl von Forschungsthemen ist in den Sozialwissenschaften immer auch persönlich gefärbt, sie berührt die persönlichen Überzeugungen derjenigen, die diese Themenwahl treffen. Zumindest ist das bei guter sozialwissenschaftlicher Forschung so, denn diese basiert auf der prekären Kombination aus leidenschaftsloser Vernunft mit einer Leidenschaft für die Dinge, um die es geht. Prekär ist diese Kombination, weil häufig die Leidenschaft für die Dinge die Fähigkeit zur analytischen Distanz in Mitleidenschaft zieht. Man sieht seinem Untersuchungsgegenstand zu viel nach, weil man ihm zu nahe steht. Beispiele sind wohlbekannt: eine Wohlfahrtsstaatsforschung, für die Sozialausgaben *per se* gut sind und die sich weitgehend blind stellt gegenüber dem Sachverhalt, dass der Wohlfahrtsstaat auch eine Ursache und nicht immer nur eine Lösung für soziale Probleme sein kann; eine Gewerkschaftsforschung, die von vornherein Partei im Klassenkonflikt ergreifen will und dabei nur zeigt, dass »gut gemeint« nicht notwendigerweise auch »gut gemacht« bedeutet; und eine Europaforschung, die aufgrund ihrer großen Sympathie für den europäischen Einigungsgedanken die europäische Integration nur als säkulares Immer-Mehr und Immer-Weiter verstehen kann oder will, und dies auch explizit oder implizit mit einem Immer-Besser gleichsetzt. Doch gibt es auch Forscherpersönlichkeiten, bei denen das innere *attachment* eine genau entgegengesetzte Ausprägung findet: Sie sehen ihrem Gegenstand nicht das Geringste nach, gerade weil sie ihm so nah stehen. Bei ihnen gründet sich die strenge Kritik an der unkritischen Identifikation mit dem jeweiligen politischen Projekt auf die nicht minder starke Identifikation mit eben den Zielen, für die die genannten Projekte stehen. Dass Wolfgang Streecks Beiträge zur Gewerkschaftsforschung, zur Wohlfahrtsstaatsliteratur und zur Europadebatte oft wie Stachel in den Körpern der jeweiligen Literaturen stecken, dass sie als widerborstige Beiträge lang nachhaltende Wirkungen entfaltet haben, erklärt sich nach meinem Eindruck vor allem daraus, dass sie Produkte dieser Prädisposition zu scharfer Kritik aus innerer Nähe sind.

¹ Ich danke Armin Schäfer und Anke Hassel für Kommentare und Kritik.

Mein Beitrag nimmt als Ausgangspunkt die skeptischen Thesen, die Wolfgang Streeck einer Europaforschung, die auf eine Renaissance sozialstaatlicher Markteinbettung auf europäischer Ebene ihre Hoffnung setzt, ins Buch geschrieben hat (Streeck 1996a, 2000, 1996b, 1998, 2001; Streeck/Schmitter 1991). Ausgehend von diesem skeptischen Befund frage ich in diesem Beitrag, ob und wenn ja welches *europäische* demokratische Echo der auf die Durchsetzung der vier Freiheiten verkürzte europäische Integrationsmodus in den Direktwahlen zum Europaparlament gefunden hat. Die Europäische Union ist zwar in erster Linie ein gemeinsamer Wirtschafts- und Wettbewerbsraum, aber sie ist eben auch ein politischer Verband, der seit 1979 durch die Direktwahlen zum Europäischen Parlament der dominanten Abstimmung zwischen den Mitgliedsländern im Ministerrat einen eigenen, direkten demokratischen Legitimationsstrang zur Seite gestellt hat. In bislang sechs Europawahlen haben die Bürger der Mitgliedsländer über die Zusammensetzung des Europäischen Parlaments entschieden, ein Parlament, dessen Rolle in der Gesetzgebung zudem vom Konsultationsverfahren bis zum Mitentscheidungsverfahren des Amsterdamer Vertrages sukzessive aufgewertet worden ist. Selbst wenn man – mit guten Gründen – anzweifelt, dass dieses in seiner gesetzgeberischen Rolle deutlich aufgewertete Parlament bislang nachhaltig gestaltend auf den Modus der EU-Integration einwirken konnte, so ist es doch plausibel anzunehmen, dass die EP-Wahlen zunehmend die Zustimmung oder Ablehnung von Europas Bürgern hinsichtlich der EU-Integration widerspiegeln. Europas unvollständige Demokratisierung hat zumindest bereits die Artikulationsfunktion demokratischer Wahlen, wenn auch noch nicht ihre Funktion der Selektion einer europäischen Regierung etabliert. Die Frage ist dann, ob und wie Europas Wähler von dieser demokratischen Artikulationsmöglichkeit Gebrauch gemacht haben angesichts eines Integrationsprozesses, der im Wechselspiel zwischen den europäischen Eliten in Kommission und Gerichtshof einerseits und den nationalen Regierungen andererseits bestimmt worden ist. Die Gleichzeitigkeit von wirtschaftlicher Integration und erheblichem demokratischen Bedeutungszuwachs der EU wirft die alte, aber immer wieder drängende Frage nach dem Verhältnis von demokratischer Politik und marktwirtschaftlicher Ordnung in einem ganz spezifischen Kontext und unter sehr spezifischen konstitutionellen Bedingungen erneut auf. Dieser Frage möchte ich in den folgenden Abschnitten nachgehen.

Mein Beitrag gliedert sich in die folgenden Abschnitte. Zunächst rekapituliere ich knapp die Gründe für den ernüchternden Befund, dass sich die europäische Einigung nicht als ein Prozess der inhaltlichen Einigung der Mitgliedstaaten auf eine re-regulative Politik auf europäischer Ebene, sondern als »negative Integration« mit eindeutig deregulativen Konsequenzen vollzieht (Abschnitt 2). In den folgenden Abschnitten geht es dann um die demokratischen, elektoralen Folgen

dieses Integrationsmodus, die unter der Leitfrage nach einer möglichen Europäisierung der Europawahlen untersucht werden sollen. Zunächst fasse ich knapp die bisherigen Befunde der einschlägigen Forschungsliteratur zu den Europawahlen zusammen (Abschnitt 3), die bislang einen eigenständig europäischen Charakter der Europawahlen verneinte und sie stattdessen als *zweitrangige* nationale Wahlen charakterisierte (vgl. als gute Überblicke Marsh 1998; Hix/Marsh, im Erscheinen). Die Frage nach einer möglichen Europäisierung der Europawahlen ist dann die Frage, ob sich dieser Charakter der Europawahlen als nationale Wahlen von zweitrangiger Bedeutung im Verlauf der Zeit abgeschwächt hat und sie stattdessen stärker zu eigenständigen, europäischen Wahlen geworden sind. Dieser Frage geht der nachfolgende empirische Abschnitt nach (Abschnitt 4). Nachdem ich gezeigt habe, dass in der Tat einige empirische Evidenz für einen solchen Bedeutungswandel der EP-Wahlen spricht, untersuche ich, ob sich in den Europawahlen zugleich auch ein wachsender Unmut über den Pfad des europäischen Einigungsprozesses selber ausgedrückt hat. Erneut gibt es einige empirische Evidenz für die These, dass wir nicht nur Zeuge einer zunehmenden Europäisierung von Europawahlen sind, sondern dass in ihnen auch die Skepsis gegenüber dem europäischen Integrationsprojekt immer deutlicher zum Ausdruck gekommen ist. Der abschließende Abschnitt 5 diskutiert einige Implikationen dieses Befunds.

2 Vom nationalstaatlich eingebetteten Markt zum markteingebetteten Nationalstaat

In pointiertem Kontrast zum Optimismus einer herkömmlichen Integrationsliteratur, die sich vom europäischen Einigungsprozess eine Wiederauferstehung eines Modells sozialer Solidarität und Umverteilung, das auf nationalstaatlicher Ebene zunehmend an Boden verloren hat, auf höherer, europäischer Ebene erhoffte, hat Wolfgang Streeck in seinen zahlreichen einschlägigen Debattenbeiträgen betont, dass hierfür auf absehbare Zeit weder die moralökonomischen noch die politisch-institutionellen Voraussetzungen gegeben sind. Mit dem Fehlen einer belastbaren europäischen *Wir-Identität* mangelt es bereits an einer zentralen Voraussetzung für das ›Wollen‹ einer europäischen Sozialstaatlichkeit (vgl. Weiler/Haltern/Mayer 1995). Die erheblichen institutionellen Unterschiede und Großzügigkeitsgefälle zwischen den sozialstaatlichen Arrangements der Mitgliedsländer tun ein Weiteres, um ein solches gemeinsames Wollen aller Rhetorik vom europäischen Sozialmodell und von der Europäischen Union als »*espace privilégié de l'espérance humaine*« (Präambel des Verfassungsvertrags) zum

Trotz als ausgesprochen zweifelhaft erscheinen zu lassen (Streeck 2000, 2001: 156–160; vgl. Genschel 1998). Die Varianz der Wohlfahrtsregime, der unterliegenden Kapitalismusmodelle und die durch die Osterweiterung noch einmal erheblich verstärkten Unterschiede im Wohlstandsniveau der Mitgliedsländer treffen dabei auf vetoreiche, weiterhin von den Einzelstaaten dominierte europäische Entscheidungsstrukturen, die bei divergierenden Interessenlagen mit einer gewissen Zwangsläufigkeit zur wechselseitigen Blockierung führen. So bestehen selbst bei einem – unrealistischerweise – unterstelltem *Wollen der Mehrheit der Mitgliedsländer* ernsthafte Zweifel über das politische *Können der Gesamtheit der Mitgliedsländer*, auf europäischer Ebene eine wirksame sozialstaatliche Korrektur von Marktergebnissen zu etablieren. Europäische Umverteilungspolitik, die es ja unzweifelhaft in einem massiven Ausmaß gibt, bedient in Form der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Strukturfonds einzelstaatliche Partikularismen, nicht aber persönliche Bedürftigkeiten aufgrund der klassischen Lebensrisiken Krankheit, Unfall, Alter oder Arbeitslosigkeit – Nettozahler und Nettoempfänger sind in Europa keine Individualkategorien, die eine nationale Solidargemeinschaft definieren, sondern Nationalkategorien, die eine zwischenstaatliche Verteilungskonkurrenz umschreiben.

In dieser Konstellation, so haben viele Analysen in der Euroliteratur plausibel argumentiert, vollzieht sich der Integrationsprozess weiterhin primär entlang der von der Kommission gehüteten und vom EuGH verbindlich durchgesetzten Wirtschaftsfreiheiten (Weiler 1991; Scharpf 1999b, Kapitel 2). Das deregulative Instrument gegenseitiger Anerkennung macht die europäische Integration zu einem Prozess der suprastaatlich angestoßenen Marktintegration plus nachgelagertem einzelstaatlichen Anpassungshandeln, durch das die jeweiligen nationalen institutionellen Ordnungen unilateral an die Erfordernisse des europäischen Wettbewerbsraumes angepasst werden (Streeck/Schmitter 1991: 202–203). Europäisch koordiniert ist dieses unilaterale Anpassungshandeln allenfalls in Form weicher Regulierung durch Richtlinien und Benchmarks mit geringer Verpflichtungskraft, deren Apotheose heute die offene Methode der Koordination darstellt. Die mit ihr etablierte »neue Unverbindlichkeit« (Schäfer 2005) lässt genügend Spielraum für einzelstaatlichen Neo-Voluntarismus und sie lässt die institutionelle Vielfalt intakt, die weiterhin eher Anreize für wirtschafts-, sozial-, lohn- und steuerpolitische Konkurrenz zwischen den »markt- eingebetteten nationalen Partikulargemeinschaften« Europas (Streeck 2001: 157) bietet als für eine Koordination ihrer Politiken. Doch mit diesem dominanten Modus negativer Integration und der mit ihm einhergehenden Re-Balancierung der Gewichte zwischen Markt und Staat zugunsten marktlicher und zulasten staatlicher Arrangements ist genau das Dilemma einer nationalstaatlich verlorenen und suprastaatlich nicht wiedergewonnenen wirtschaftspolitischen

Handlungsfähigkeit definiert, vor das sich alle westlichen Industrienationen und reifen Wohlfahrtsstaaten – mit unterschiedlichen Graden der Dringlichkeit – gestellt sehen und das in den optimistischen Varianten der großen Erzählung vom europäischen Einigungsprozess Europa ja gerade lösen helfen sollte. Am Ende des Nachkriegskompromisses einer territorial, das heißt nationalstaatlich begrenzten Marktwirtschaft steht also nicht die Wiedererrichtung dieses Modells auf suprastaatlicher, europäischer Ebene, sondern seine Ablösung durch ein gemeinsames Territorium marktwirtschaftlich eingebetteter Nationalstaaten (Streeck/Schmitter 1991: 207–209).

Zentrales Resultat des europäischen Einigungsprozesses ist also bislang nicht – wie von vielen erhofft – die wiedererlangte Fähigkeit zur politischen Zählung des wirtschaftlichen Wettbewerbs, sondern seine außerordentliche Intensivierung. Jegliche Hoffnungen auf die sozialstaatliche Einhegung der Wirtschaft sind damit zurückverwiesen auf den Nationalstaat mit seinem mittlerweile stark beschränkten Handlungsrepertoire. Aus diesem Befund ergeben sich verschiedene Anschlussüberlegungen, etwa die nach den dann noch möglichen Spielräumen und der notwendigen Umorientierung der nationalen Wirtschafts- und Sozialpolitik hin zu einer »Wettbewerbssolidarität« (Streeck 2000), nach einem stärker »gemeinwohlverträglichen« Modus der europäischen Integration (Scharpf 1999a, 1999b) sowie – auf der substaatlichen Ebene – nach den Potenzialen korporatistischer Anpassung innerhalb dieser verschärften Wettbewerbsordnung (Streeck 1996b, 1998; Hassel/Ebbinghaus 2000).

Mit diesem Beitrag möchte ich jedoch eine andere Fragestellung verfolgen. Im analytischen Mittelpunkt soll das Spannungsverhältnis zwischen der ökonomischen und der demokratischen Dimension des europäischen Integrationsprozesses stehen. Denn auch wenn man die positive Koordination der Mitgliedstaaten in Europa weiterhin für ausgesprochen unwahrscheinlich hält, so ist doch Europa zeitgleich mit der Beschleunigung der wirtschaftlichen Integration als direkt demokratisch legitimes und parlamentarisch kontrolliertes politisches Gebilde außerordentlich aufgewertet worden. Zu nennen sind in diesem Zusammenhang die Einführung von Direktwahlen zum Europäischen Parlament im Jahr 1979, die Synchronisierung der *terms* des Parlaments und der Kommission, die erweiterten Nominierungs-, Investitur- und Kontrollrechte des Parlaments gegenüber der Kommission und schließlich die schrittweise Ausweitung der legislativen Mitspracherechte des Parlaments. Heute besitzt das Europaparlament unter dem Mitentscheidungsverfahren (II.) des Amsterdamer Vertrages faktische Vetorechte für einen erheblichen Teil der EU-Gesetzgebung – mit dem Verfassungsvertrag sollte dieses Mitentscheidungsverfahren sogar zum legislativen Normalverfahren für die EU-Gesetzgebung gemacht werden (vgl. Corbett/Jacobs/Shackleton 2003; Hix 2005, Kapitel 3). Diese schrittweise

Aufwertung des Europaparlaments, die Ausweitung seiner legislativen Rechte und seiner Nominierungs- und Kontrollrechte gegenüber der Kommission, erfolgte im Bewusstsein der deutlich erhöhten Erfordernisse demokratischer Legitimation als Konsequenz des intensivierten Prozesses der Wirtschafts- und Währungsintegration.

Damit aber stellt sich die Frage nach den demokratischen Konsequenzen der wirtschaftlichen Integrationsdynamik. Selbst wenn moderne Demokratien zunehmend der politischen Kontrolle der Wirtschaft verlustig gegangen sind, oder wie in Europa eine substanzielle Kontrolle gar nicht erst erlangen konnten, bleiben sie doch als demokratische Gemeinschaften offen gegenüber der Reaktion ihrer Bürger auf diesen Verlustvorgang. So lässt sich erwarten, dass Europas Wähler, selbst wenn sie realistischere wenig Hoffnung auf eine direkte inhaltliche Beeinflussung des europäischen Einigungsprozesses hegen, doch in ihrem Wahlverhalten die jeweilige Zustimmung oder Ablehnung dieses Integrationsprozesses zum Ausdruck bringen sollten (Marks/Wilson/Ray 2002: 586) – desto deutlicher, je mehr sie die Folgen dieses Einigungsprozesses persönlich spüren. In einer gerade erst im Entstehen begriffenen Literatur über die »Europäisierung der Europawahlen« wird diese Frage erörtert. Sie möchte ich mit diesem Beitrag aufgreifen. Hierzu ist zunächst eine knappe Diskussion des Forschungsstandes zu den Europawahlen notwendig. Dem widmet sich der folgende Abschnitt.

3 Europawahlen als nationale Wahlen nachrangiger Bedeutung

Die Literatur über die Europawahlen hat eine Reihe empirischer Abweichungen der EP-Wahlergebnisse im Vergleich zu den jeweils nationalen Wahlen hervorgehoben. Drei Zusammenhänge werden in der Literatur betont.

1. Die Parteien, die sich auf der nationalen Ebene an der Regierung befinden, verzeichnen in den Europawahlen regelmäßig Stimmenverluste verglichen mit ihrem Abschneiden in der letzten nationalen Wahl.
2. Kleine und ideologisch extreme Parteien gewinnen hingegen regelmäßig Stimmen hinzu.
3. Diese relativen Gewinne und Verluste sind stärker ausgeprägt, wenn Europawahlen eher in die Mitte der nationalen Legislaturperiode fallen, als wenn sie entweder zu Beginn oder zum Ende der nationalen Legislaturperiode abgehalten werden (Reif 1984, 1997; Reif/Schmitt 1980).

Die in der Literatur für dieses regelmäßige Muster zentral vorgebrachte Erklärung ist, dass sich nationale Wahlen und Europawahlen *nicht* darin unterscheiden, dass Wähler hier national und dort europäisch wählen. Vielmehr – so die These – ist das Wahlverhalten in beiden Arten von Wahlen vornehmlich national geprägt. Unterschiede in den Ergebnissen rührten vielmehr daher, dass wir es mit Wahlen von unterschiedlicher Bedeutung zu tun haben. Folglich findet sich in der Literatur der Vorschlag, zwischen *first* und *second order elections* zu unterscheiden, aber das Wahlverhalten in beiden Typen von Wahlen als vornehmlich durch die nationale politische Agenda geprägt zu verstehen (Reif 1984, 1997; Reif/Schmitt 1980). Europawahlen fallen dann in eine Klasse mit einer Reihe anderer zweitrangiger Wahlen wie Nachwahlen zum britischen Unterhaus, deutsche Landtagswahlen oder US-amerikanische *mid-term elections*, denen ebenfalls vom Wähler weniger Bedeutung zugemessen wird als den jeweiligen nationalen Hauptwahlen, in denen über die Bestellung der nationalen Regierung entschieden wird. Diese so genannten *second order elections* (SOE) geben dem Wähler aber dennoch eine Möglichkeit, ein Signal der Zufriedenheit oder Unzufriedenheit auszusenden, allerdings ein Signal, das auch dann überwiegend »national kodiert« ist, wenn es sich um nichtnationale Wahlen wie Regional- oder Europawahlen handelt.

Die regelmäßigen Ergebnisabweichungen zwischen Haupt- und Nebenwahlen, die Europawahlen mit den genannten anderen *second order elections* teilen, sind vor dem Hintergrund dieser These in der Tat gut zu erklären. Regierungsparteien verlieren in den Nebenwahlen, weil Wähler ihre Unzufriedenheit mit der politischen Performanz der nationalen Regierung ausdrücken wollen, und dieser Effekt ist deswegen in der Mitte der Legislaturperiode stärker ausgeprägt, da hier regelmäßig die Zustimmung zur Politik der Regierung gering ausfällt. In Deutschland ist dieser Effekt für die Landtagswahlen gut belegt (vgl. Burkhart 2005). Ein möglicher Grund für diesen autonomen Popularitätszyklus ist, dass Regierungen dazu neigen, schmerzhaft Reformen auf den Anfang der Legislaturperiode zu legen, in der Hoffnung, dass die Reformfolge sich rechtzeitig vor der nächsten Wahl einstellen. Dies führt dann zu einem Popularitätsverlust in der Mitte der Legislaturperiode, der sich in Stimmenverluste für die Regierungsparteien in den Nebenwahlen übersetzt, die zu diesem Zeitpunkt abgehalten werden (Franzese 2002). Dieses zyklische Muster der Stimmenverluste von Regierungsparteien und korrespondierender Stimmengewinne der Oppositionsparteien kann auch Folge der Unterschiede im Erfolg ihrer Wählermobilisierung sein. Generell spiegelt sich die geringere Bedeutung von Nebenwahlen wie der Europawahlen in einer niedrigeren Wahlbeteiligung wider, aber Wahlenthaltung betrifft nicht alle Parteien gleichermaßen. Anhänger von Regierungsparteien tendieren eher als die Anhänger der Oppositionsparteien dazu, nicht an Nebenwahlen teilzunehmen, da letztere diese Wahlen als willkommene Gelegenheit

zur Artikulation ihrer Unzufriedenheit schätzen (»differential mobilization«, Schmitt 2005). Gleichfalls fällt es offensichtlich den kleinen, ideologisch kohärenteren Parteien leichter als den großen, ideologisch heterogeneren Parteien, ihre Anhänger auch in diesen weniger wichtigen Wahlen zu mobilisieren, was die regelmäßigen Stimmenverluste und -gewinne großer beziehungsweise kleiner Parteien in den Europawahlen erklären würde. Dieser Effekt mag auch dem Umstand geschuldet sein, dass bei Europawahlen, in denen es ja nicht um die Bestellung einer Exekutive geht, strategisches Wahlverhalten von geringerer Bedeutung ist – insbesondere müssen Wähler in Europawahlen kaum fürchten, ihre Stimme könnte möglicherweise verloren sein. Sie votieren daher der Tendenz nach eher mit ihrem *heart* als mit ihrem *head* (vgl. Eijk/Franklin 1996).

Eine Reihe weiterer Faktoren, die Besonderheiten der europäischen Wahlen betreffen und über die Second-Order-Election-These hinaus weisen, können ebenfalls für Abweichungen der Wahlergebnisse zwischen beiden Arten von Wahlen verantwortlich gemacht werden:

1. Es gelten in einigen Ländern unterschiedliche Wahlregeln für die nationalen und die Europawahlen (Kousser 2004; Farrell/Scully 2005).
2. Da von den kleinen Mitgliedsländern der EU nur eine geringe Zahl an Abgeordneten in das Europaparlament geschickt werden kann, müssen kleine Parteien in diesen Ländern in den Europawahlen höhere Stimmenanteile als in den nationalen Wahlen gewinnen, um in Brüssel beziehungsweise Straßburg mit Abgeordneten repräsentiert zu sein.
3. Das Set an Parteien, das an europäischen Wahlen teilnimmt, ist nicht notwendigerweise identisch mit dem Set an Parteien, das in der letzten nationalen Hauptwahl teilgenommen haben. So beteiligen sich an den Europawahlen mitunter antieuropäische Wahlbündnisse, wie dies etwa 1989 und 1994 in Dänemark und 2004 in England der Fall gewesen ist (Hix/Marsh, im Erscheinen; Hix 2005).
4. Schließlich präferieren einige Wähler möglicherweise verschiedene Politiken auf den verschiedenen Ebenen des europäischen Mehrebenensystems. So ist es plausibel, dass sich Wähler zwar gegen die einseitige nationale Implementation strenger nationaler Umweltrichtlinien aussprechen, deren europaweite Umsetzung hingegen befürworten. Die Stimmenzugewinne, die grüne Parteien in den Wahlen zum Europäischen Parlament regelmäßig erzielen konnten, ließen sich so erklären (Carrubba/Timpone 2005).

Hier geht es jedoch nicht um die möglichst beste Erklärung für die Ergebnisse der Direktwahlen zum Europaparlament. Vielmehr interessiert, ob sich die nationale Prägung des Wahlverhaltens in den Europawahlen im Verlauf der

Zeit abgeschwächt hat. Wenn die gesetzgeberische Rolle des Parlaments seit der Einheitlichen Europäischen Akte sukzessive aufgewertet worden ist (vgl. Kreppel 2002; Tsebelis et al. 2001), die Auswirkungen der europäischen Integration zudem für Europas Bürger zunehmend spürbarer geworden sind, sich überhaupt der europäische Einigungsprozess zuletzt erheblich beschleunigt hat, kann plausibel vermutet werden, dass sich auch die Wahlsentscheidungen in den Europawahlen zunehmend vom nationalen Kontext gelöst haben. Die Frage einer möglichen Europäisierung der Europawahlen ist hingegen – soweit ich sehe – bislang selten gestellt worden (siehe aber Hix/Marsh, im Erscheinen; Marsh 2005), und wenn, dann eher skeptisch beantwortet worden (vgl. Caramani 2006). Ich möchte im Folgenden die Frage einer möglichen Europäisierung der Europawahlen aufgreifen, weil eine Antwort auf diese Frage Auskunft darüber geben kann, welches elektorale Echo ein Integrationsprozess gefunden hat, der bislang entweder intergouvernemental oder durch die bürokratischen und juristischen Funktionselemente Europas vorangetrieben, aber kaum direkt demokratisch bestimmt wurde.

Ein möglicher Prozess der Europäisierung der Europawahlen sollte sich daran ablesen lassen, dass sich die Wahlergebnisse auf europäischer Ebene immer schlechter aus dem nationalen politischen Kontext heraus vorhersagen lassen. Diesen nationalen politischen Kontext fasse ich im Folgenden mit der Variable nationale Wahlabsicht. Um also einen möglichen Prozess der Ausdifferenzierung einer genuin europäischen politischen Agenda von der gegebenen nationalen politischen Agenda zu untersuchen, frage ich nach der Veränderung in der Präzision, mit der sich das europäische Wahlverhalten aus der nationalen Wahlabsicht vorhersagen lässt. Empirische Basis der Analyse ist ein Datensatz, der Informationen zu allen Parteien enthält, die an den bislang sechs Direktwahlen zum Europäischen Parlament teilgenommen haben. Die abhängige Variable sind die Veränderungen in den Stimmenanteilen je Partei, die zwischen einer Europawahl und der vorangegangenen nationalen Wahl zu verzeichnen sind. Ich gehe der Frage nach, inwieweit diese Änderungen der faktischen Stimmenanteile durch Änderungen in der erklärten nationalen Wahlabsicht seit der letzten nationalen Wahl erklärt werden können (unabhängige Variable). Anders formuliert: Die in regelmäßigen Umfragen gewonnenen Daten über Änderungen der erklärten nationalen Wahlabsicht sind der Prädiktor für die tatsächlichen Stimmenanteilsveränderungen, die eine Partei in diesem Zeitraum (von nationaler zu europäischer Wahl) erfahren hat. Die Informationen zur nationalen Wahlabsicht stammen aus den halbjährlich erhobenen Eurobarometer-Umfragen (Schmitt 2003), die seit ihrem Beginn im Jahr 1973 bis vor kurzem jeweils die klassische Sonntagsfrage erhoben haben: »If there were a general election tomorrow (say

if contact under 18 years: and you had a vote), which party would you vote for?»² Aggregiert auf Parteiebene lassen sich somit Änderungen in der Wahlabsicht zwischen letzter nationaler und nachfolgender europäischer Wahl erfassen, die dann zur Vorhersage tatsächlicher Anteilsunterschiede in den Stimmenanteilen der betreffenden Partei genutzt werden können. Hinter diesem Vorgehen steht die inhaltliche Erwartung, dass der Erklärungsbeitrag dieser Variablen – nationale Wahlabsicht – hoch sein sollte, wenn in den Europawahlen vornehmlich unter dem Blickwinkel der nationalen Politik gewählt wird. Ein Prozess zunehmender Europäisierung der Europawahlen sollte sich an einem im Verlauf der Zeit abnehmenden Erklärungsbeitrag dieser Variable zeigen.

In der nachfolgenden Datenanalyse untersuche ich zunächst, ob die über die Sonntagsfrage des Eurobarometers ermittelten Veränderungen der nationalen Wahlabsicht tatsächlich die Stimmenunterschiede zwischen letzter nationaler Hauptwahl und nachfolgenden europäischer Nebenwahl erklären können. Da sich diese Frage positiv beantworten lässt, frage ich, ob sich über die bislang sechs Europawahlen hinweg eine abnehmende Erklärungskraft dieser nationalen Wahlabsicht für europäische Wahlresultate zeigt. Um meine zentralen Befunde vorwegzunehmen: Die Variable *nationale Wahlabsicht* ist tatsächlich ein guter Prädiktor für *europäisches Wahlverhalten*. Dies stützt die zentrale Behauptung der Second-Order-Election-These, dass Wähler Europawahlen weniger als europäische denn als nationale Wahlen wahrnehmen. Im Laufe der Zeit hat allerdings die Erklärungsstärke dieser Variablen abgenommen. Vergleicht man die bislang sechs Direktwahlen zum Europaparlament, so lassen sich die Wahlergebnisse immer schlechter aus der nationalen Wahlabsicht vorhersagen. Dies lässt sich als ein Hinweis auf eine sukzessive Europäisierung der Europawahlen, auf eine fortschreitende Verselbständigung einer europäischen Agenda interpretieren. Auf der anderen Seite offenbart die Datenanalyse jedoch auch eine zunehmende Neigung der Europawähler, in den EP-Wahlen die nationalen Regierungsparteien abzustrafen. Diese Neigung zeigt sich unabhängig von der nationalen Wahlabsicht, hat also offensichtlich eigenständige, genuin europäische Ursachen. Eine Untersuchung des Zusammenhangs zwischen nationaler Wahlabsicht und tatsächlichem Wahlverhalten in den Europawahlen bietet demnach einige empirische Evidenz für die These, dass wir sowohl eine Europäisierung der Europawahlen beobachten können als auch zugleich eine zunehmende Tendenz, die nationalen Regierungsparteien in den Europawahlen elektoral zu bestrafen. Der folgende Abschnitt präsentiert die Ergebnisse detaillierter.

² Frühe Eurobarometer-Umfragen formulierten etwas unpräziser: »If there were a general election tomorrow (say if contact under 18 years: and you had a vote), which party would you support?« Ich glaube nicht, dass die leicht unterschiedlichen Formulierungen in irgendeiner systematischen Weise die unten berichteten Regressionsergebnisse beeinflusst haben.

4 Datenbeschreibung und Datenanalyse

Mein Datensatz enthält Angaben zu allen Parteien, die an einer der sechs europäischen Direktwahlen teilgenommen haben. Die zentrale abhängige Variable von theoretischem Interesse sind die parteispezifischen Stimmenanteilsdifferenzen zwischen der nationalen Hauptwahl und der nachfolgenden europäischen Nebenwahl. Mein Datensatz umfasst 483 solcher Stimmenanteilsdifferenzen für alle sechs Europawahlen. Einige Parteien haben an einer Europawahl teilgenommen, nicht aber an der vorangegangenen nationalen Hauptwahl. Allein diese Inkongruenz zwischen dem Set an Parteien, das zu den jeweiligen Wahlen angetreten ist, erklärt Stimmenanteilsverschiebungen zwischen nationalen und europäischen Wahlen. Setzt man den nationalen Stimmenanteil für die Parteien, die vor einer Europawahl nicht auf nationaler Ebene angetreten sind, mit Null an, erhöht sich meine Fallzahl auf über 600 (vgl. Hix/Marsh, im Erscheinen). Die zentrale unabhängige Variable von theoretischem Interesse sind die Veränderungen in der nationalen Wahlabsicht von der letzten nationalen Wahl bis zur nachfolgenden Europawahl. Informationen zu diesen hypothetischen Stimmenanteilen der Parteien wurden aus den Antworten auf die klassische Sonntagsfrage in den halbjährlich erhobenen Eurobarometer-Surveys gewonnen. Fehlende Angaben insbesondere für die neuen Beitrittsländer wurden den Candidate Country Surveys sowie dem New Europe Barometer entnommen. Ergänzt wird diese unabhängige Variable durch drei weitere Variablen, die sich unmittelbar aus der Second-Order-Election-These ergeben: eine Variable, die die Parteigröße – als Stimmenprozentanteil in der letzten Wahl – misst, eine Dummy-Variable zum Regierungsstatus (Regierungs- oder Oppositionspartei) und schließlich eine Variable, die misst, in welchen Zeitabschnitt innerhalb der jeweils nationalen Legislaturperiode die Europawahl fällt (vgl. für eine genauere Variablenbeschreibung Manow 2005).³ Damit wird den drei zentralen Vorhersagen der SOE-These Rechnung getragen: Regierungsparteien verlieren tendenziell an Stimmen, kleine Parteien gewinnen tendenziell hinzu und diese Gewinne und Verluste sollten zyklisch über die jeweilige nationale Legislaturperiode verteilt sein. Weitere, möglicherweise wichtige Einflussfaktoren wie Unterschiede in den Wahlregeln, effektive Zahl der Parteien, Wahlbeteiligung oder Parteifamilienzugehörigkeit vernachlässige ich hier (siehe aber Manow 2005),

³ Diese Zeit-Variablen teilen die Tage zwischen der vorangehenden nationalen Wahl und der nachfolgenden Europawahl durch die Gesamtzahl der Tage der Legislaturperiode, um eine zwischen 0 und 1 variierende Maßzahl für die relative Terminierung der Europawahl innerhalb der nationalen Legislaturperiode zu erhalten. Für die Europawahl des Jahres 2004 habe ich für die Länder, deren Legislaturperiode noch nicht beendet ist, ein hypothetisches Ende durch die Addition von 1.460 Tagen (= vier Jahre) zum Datum der letzten nationalen Wahl ermittelt.

Tabelle 1 Determinanten der Stimmenanteilsveränderungen zwischen nationalen und europäischen Wahlen

Abhängige Variable: Stimmenanteilsveränderungen	(1)	(2)
REGIERUNGSPARTEI	0.634 (0.630)	0.353 (0.806)
PARTEIGRÖSSE	-0.217 (0.000)***	-0.216 (0.000)***
REGIERUNGSPARTEI * WAHLZYKLUS	-18.381 (0.002)***	-14.521 (0.021)**
REGIERUNGSPARTEI * WAHLZYKLUS ²	16.081 (0.003)***	13.258 (0.017)**
NATIONALE WAHLABSICHT		0.205 (0.000)***
Konstante	4.879 (0.000)***	4.414 (0.000)***
Beobachtungen	652	443
Adj. R ²	0.329	0.371

Robuste p-Werte in Klammern. Da die Homoskedastizitätsannahme verletzt erscheint (große Parteien haben höhere Stimmenverluste), berichte ich die p-Werte einer robusten Regression. * signifikant auf dem 10%-Level; ** signifikant auf dem 5%-Level; *** signifikant auf dem 1%-Level.

weil hier nicht die möglichst perfekte Erklärung der Europawahlergebnisse im Mittelpunkt steht, sondern die Frage nach dem Einfluss nationaler politischer Orientierungen für europäisches Wahlverhalten. Die in dem hier verwendeten, sparsameren Modell gefundenen Beziehungen bleiben aber bei Integration weiterer Kontrollvariablen stabil.

Aus den drei genannten Vorhersagen der *second order national election* ergibt sich unmittelbar das einfachste Regressionsmodell zur Erklärung von Stimmenanteilsveränderungen zwischen nationalen und europäischen Wahlen. Das Modell enthält als unabhängige Variablen den Regierungsstatus, die Parteigröße und die Terminierung der Europawahl innerhalb der nationalen Legislaturperiode (siehe Tabelle 1). Verbessert die Integration einer Variablen, die Veränderungen in der nationalen Wahlabsicht erfasst, dieses simple Prognosemodell substanziell? Spalte 1 in Tabelle 1 stellt zunächst die Ergebnisse einer einfachen OLS-Regression ohne die Wahlabsichtsvariable dar. Laut Theorie sind es die Regierungsparteien, die innerhalb der Legislaturperiode einem Popularitätszyklus unterworfen sind, also muss der Einfluss der Zeitvariablen für die Regierungsparteien gemessen und der zeitliche Einfluss als Interaktionsterm mit der Variable Regierungspartei (Dummyvariable; Partei in der Regierung = 1, Partei in der Opposition = 0) integriert werden. Da zudem von einem nichtlinearen, zykli-

Tabelle 2 Stimmenanteilsveränderungen und nationale Wahlabsicht in sechs europäischen Direktwahlen

Abhängige Variable: Stimmenanteilsdifferenzen zwischen nationaler und Europawahl	(1) die fünfzehn alten Mitgliedsländer	(2) die zehn neuen Mitgliedsländer
REGIERUNGSPARTEI	0.130 (0.926)	-23.062 (0.446)
PARTEIGRÖSSE	-0.189 (0.000)***	-0.941 (0.001)***
REGIERUNGSPARTEI * WAHLZYKLUS	-12.841 (0.043)**	71.672 (0.513)
REGIERUNGSPARTEI * WAHLZYKLUS ²	11.290 (0.045)**	-47.869 (0.569)
NATIONALE WAHLABSICHT	0.333 (0.011)**	
NATIONALE WAHLABSICHT * EP 1984	-0.061 (0.863)	
NATIONALE WAHLABSICHT * EP 1989	-0.115 (0.553)	
NATIONALE WAHLABSICHT * EP 1994	-0.186 (0.211)	
NATIONALE WAHLABSICHT * EP 1999	-0.317 (0.064)*	
NATIONALE WAHLABSICHT * EP 2004	-0.211 (0.147)	0.277 (0.247)
Konstante	3.615 (0.000)***	15.848 (0.003)***
Beobachtungen	374	35
Adj. R ²	0.341	0.554

Robuste p-Werte in Klammern. Da die Homoskedastizitätsannahme verletzt erscheint (große Parteien haben höhere Stimmenverluste), berichte ich die p-Werte einer robusten Regression. * signifikant auf dem 10%-Level; ** signifikant auf dem 5%-Level; *** signifikant auf dem 1%-Level.

schen Muster des Popularitätsverlusts und damit auch des Verlusts von Stimmenanteilen der Regierungsparteien im Verlauf der Legislaturperiode auszugehen ist, ist die Zeitvariable als quadratischer Term in die Regressionsgleichung aufgenommen. In Spalte 2 wird als zusätzliche unabhängige Variable die Differenz in der nationalen Wahlabsicht integriert, die sich aus dem Vergleich zwischen dem letzten Eurobarometer-Survey vor der nationalen Wahl und dem letzten Eurobarometer-Survey vor der Europawahl ergibt.

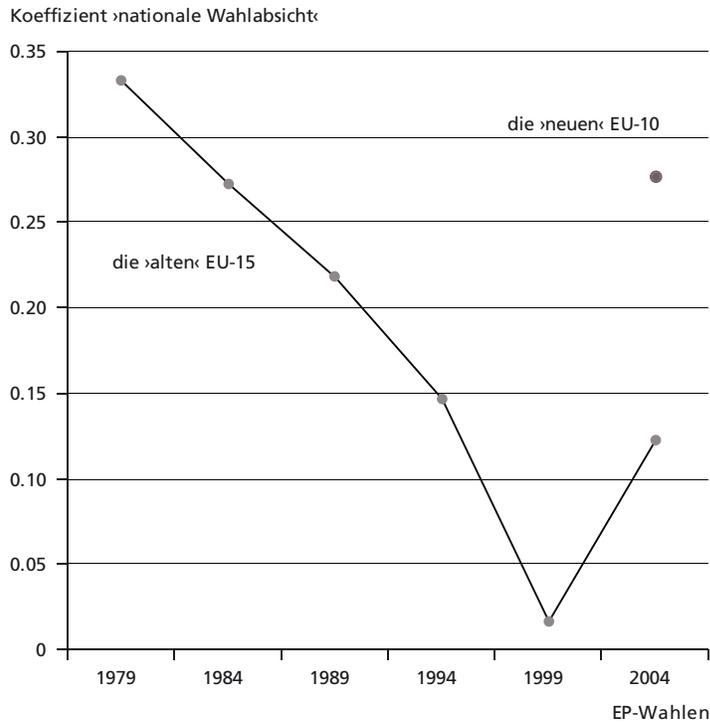
Wie der Vergleich von Spalte 1 und 2 der Tabelle 1 zeigt, erhöht die Variable nationale Wahlabsicht den Fit des Modells deutlich. Der Koeffizient ist signifi-

kant und die Effektstärke ist beträchtlich. Im Vergleich zu Standardmodellen in der Literatur ist die Erklärungskraft dieses sparsamen Modells gut (vgl. etwa Hix/Marsh, im Erscheinen). An diesem Bild ändert sich nichts Wesentliches, wenn man andere Modellspezifikationen unter Einschluss der oben genannten weiteren Kontrollvariablen berechnet (siehe Manow 2005). Eine ganze Reihe der aufgeführten Kontrollvariablen verbessert die Passgenauigkeit des Modells nicht oder nur unwesentlich. Einzig die Kontrolle für neue, zuvor in den nationalen Wahlen nicht angetretenen Parteien sowie die Variable, die für verschiedene Parteifamilien kontrolliert, konnten den Fit des Modells nochmals spürbar erhöhen.

Welches Bild ergibt sich nun, wenn in der Betrachtung nach Europawahlen differenziert wird? In Tabelle 2 sind die Koeffizienten der Variablen nationale Wahlabsicht für die Europawahlen 1984, 1989, 1994, 1999 und 2004 ausgewiesen. Sie müssen im Hinblick auf den Koeffizienten für die einfache nationale Wahlabsicht, der unter dieser Modellspezifikation die Koeffizientenstärke der EP-Direktwahl des Jahres 1979 berichtet, interpretiert werden. So ergibt sich beispielsweise die Effektstärke der nationalen Wahlabsicht in der Europawahl von 1999 aus der Summe beider Koeffizienten ($0.333 - 0.317 = 0.016$; siehe Abbildung 1). In Spalte 1 werden die Werte für die alten Mitgliedsländer aufgeführt, in Spalte 2 ist der betreffende Wert für die zehn neuen Beitrittsländer für die EP-Wahl von 2004 dargestellt. Die Beitrittsländer werden gesondert betrachtet, weil es nicht sinnvoll ist, die Frage nach der zeitlichen Veränderung der Wahlabsichtsvariablen an einem Sample beantworten zu wollen, das zu einem wesentlichen Teil aus Ländern besteht, in denen Parteien zum ersten Mal an einer Europawahl teilnahmen. Abbildung 1 bietet eine graphische Präsentation desselben Zusammenhangs.

Wie aus Tabelle und Abbildung ersichtlich, ist für die bisher sechs Europawahlen eine abnehmende Bedeutung, bis zur Europawahl von 1999 eine *kontinuierlich* abnehmende Bedeutung der nationalen Wahlabsicht festzustellen, in den zehn zentral- und osteuropäischen Beitrittsländern hingegen war die Effektstärke der nationalen Wahlabsicht in der EP-Wahl des Jahres 2004 in etwa auf dem Niveau, das in der zweiten Direktwahl zum Europäischen Parlament im Jahr 1984 in den alten Mitgliedsländern vorherrschte. Die Daten stützen also für die alten Beitrittsländer die Vermutung einer abnehmenden Bedeutung des jeweiligen nationalen politischen Kontextes für das Wahlverhalten in den Europawahlen. Vergleicht man den Einfluss der nationalen Wahlabsicht auf das europäische Wahlverhalten zwischen alten und neuen Mitgliedsländern, so könnten die markanten Unterschiede mit einem politischen Sozialisationseffekt der EU-Mitgliedschaft erklärt werden (Checkel 2005). Das würde zur Vorhersage führen, dass die nationale Wahlabsicht auch in den neuen Beitrittsländern in nachfolgenden

Abbildung 1 Die Effektstärke nationaler Wahlabsicht im Verlauf der sechs Direktwahlen zum Europaparlament



Europawahlen an Bedeutung verlieren sollte. Doch der empirische Befund lässt sich auch anders interpretieren. Da der Konflikt zwischen »Integrationisten« und »Nationalisten« in den Parteiensystemen der Beitrittsländer nicht – wie im Westen – quer zum dominanten Rechts-links-Konflikt verläuft, sondern weitgehend mit ihm übereinstimmt (vgl. Marks et al. 2005), kann der hohe Wert der nationalen Wahlabsicht in den Beitrittsländern auch einfach dadurch zu erklären sein, dass die nationale und die europäische Wahlentscheidung in diesen Ländern ohnehin in einem größeren Ausmaß inhaltlich deckungsgleich ist.

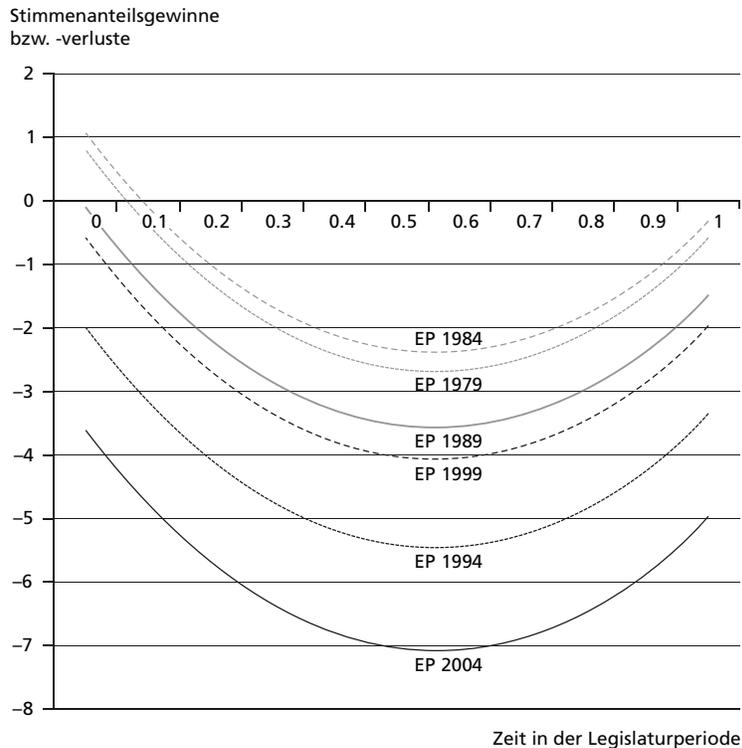
Gibt es nun auch empirische Evidenz für die Vermutung, dass in den Europawahlen zugleich eine zunehmende Skepsis dem europäischen Einigungsprozess gegenüber zum Ausdruck kommt? Um diese Frage zu beantworten, können wir demselben methodischen Vorgehen folgen und danach fragen, ob sich über die sechs Europawahlen hinweg systematische Änderungen in dem

zyklischen Muster feststellen lassen, nach dem Regierungsparteien über die nationale Legislaturperiode hinweg an Stimmenanteilen verlieren. Da es hier statistisch um einen Interaktionsterm zwischen Regierungspartei und Wahlzyklus geht, was eine einfache Interpretation der Koeffizienten erschwert, stelle ich diesen Zusammenhang nicht mit einer Regressionstabelle dar, sondern graphisch als *Marginal-Effects*-Abbildung. Diese Abbildung entsteht, wenn die durch eine Regressionsanalyse gewonnenen Koeffizienten für den Interaktionsterm aus Regierungsstatus und Wahltermin in der Legislaturperiode mit den möglichen, von 0 bis 1 rangierenden Werten für den Wahltermin multipliziert werden. Abbildung 2 zeigt also die durch die Regression vorhergesagten Stimmenanteilsverluste von Regierungsparteien im Verlauf einer Legislaturperiode. Der ermittelte Stimmenverlust einer Regierungspartei in den Europawahlen von 1994 beispielsweise betrug in der Mitte der Legislaturperiode etwa 5,4 Prozent (siehe Abbildung 2).

Abbildung 2 bestätigt im Zeitverlauf immer stärkere Stimmenverluste, die Regierungsparteien in den Europawahlen erleiden (übereinstimmende Befunde bei Marsh 1998 aus der Untersuchung von vier Europawahlen). Auch hier wachsen die Verluste nicht kontinuierlich an – so fielen beispielsweise die Stimmenverluste für Regierungsparteien in den Europawahlen von 1994 stärker aus als in den Wahlen fünf Jahre später. Doch insgesamt lässt sich über die bislang sechs Wahlen der Trend zu einem zunehmend ausgeprägten Abstrafen der jeweiligen Regierungsparteien konstatieren, und da in der dieser Abbildung zugrunde liegenden Regression für Veränderungen in der *nationalen* Wahlabsicht kontrolliert wurde, ist der deutlich werdende Anti-Regierungsaffekt offensichtlich eher genuin europäischer Natur. Es lässt sich weitere empirische Evidenz für die These einer wachsenden Europaskepsis in den Europawahlen anführen – aus Platzgründen kann sie aber hier nicht vollständig präsentiert werden (Manow 2005: 21–22; vgl. als Übersicht zum Thema Bartolini 2005, Kapitel 6). So sind die durchschnittlichen Stimmengewinne proeuropäischer Parteien und jener Parteien, für die die europäische Integration zu den wichtigsten Themen gehörte (vgl. Ray 1999; Marks/Wilson/Ray 2002), im Zeitverlauf deutlich gesunken⁴ (zwischen 1979 und 2004 von 4,19 auf 1,47 Prozent beziehungsweise von 4,96 auf 1,95 Prozent durchschnittlicher Stimmengewinn). Im gleichen Zeitraum haben Parteien, die europaskeptisch eingestellt sind, in späteren Europawahlen besser abgeschnitten, während sie in den ersten Direktwahlen zum Europaparlament sogar Stimmenverluste hatten hinnehmen müssen. Auch sind in den letzten Europawahlen verstärkt politisch extremere Parteien, sowohl auf der linken

4 Zwischen 1979 und 2004 von 4,19 auf 1,47 Prozent beziehungsweise von 4,96 auf 1,95 Prozent durchschnittlicher Stimmengewinn.

Abbildung 2 Stimmenanteilsverluste von Regierungsparteien im Laufe der nationalen Legislaturperiode für sechs Europawahlen, 1979–2004



als auch auf der rechten Seite des Parteienspektrums, in das Europaparlament gewählt worden. Die Zustimmung zum europäischen Integrationsprojekt ist aber an beiden Rändern des politischen Spektrums bedeutend geringer ausgeprägt als im Zentrum (vgl. Marks/Wilson/Ray 2002).

Inhaltlich sind diese Ergebnisse mit der Interpretation einer wachsenden Europäisierung der Europawahlen und der gleichzeitigen Zunahme der Europa-skepsis kompatibel. Absolut zwingend ist diese Deutung der Empirie natürlich nicht. Da es sich um aggregierte Umfragedaten handelt, bleibt grundsätzlich ungeklärt, ob die Veränderungen in der erklärten nationalen Wahlabsicht auch tatsächlich ursächlich für Änderungen des tatsächlichen Wahlverhaltens sind. Außerdem kann es sein, dass die nach ihrer nationalen Wahlabsicht Befragten aus denselben Gründen, die für die Änderung ihrer nationalen Wahlabsicht gesorgt haben, auch ihre europäische Wahlabsicht ändern, so dass hier die euro-

päische Wahlhandlung nicht notwendigerweise als von nationalen Erwägungen abgeleitet zu interpretieren ist. So wenig plausibel solche Annahmen auch angesichts eines stabilen Erklärungsbeitrags der nationalen Wahlabsicht für mehr als 450 Stimmenpaare aus 25 EU-Mitgliedsländern erscheinen mögen, bleibt – wie fast immer bei einer nicht perfekten Datenlage – eine Restunsicherheit der Interpretation, die es zu beachten gilt. In dem kurzen abschließenden Abschnitt möchte ich einige eher spekulative Anmerkungen über die Implikationen der hier berichteten Ergebnisse machen.

5 Das Ende des permissiven Konsensus?

Die Forschung zu den Europawahlen ist lange Zeit davon ausgegangen, dass Europas Wähler die Direktwahlen zum Europäischen Parlament regelmäßig dazu benutzen, nationale politische Signale an die heimischen Parteien zu senden. In der Literatur wurden die regelmäßigen Stimmenverluste, die Regierungsparteien in den Europawahlen erleiden, als Evidenz für diese Sichtweise angeführt. Doch es ist nicht ganz klar, ob Europas Wähler ihre Regierungsparteien aufgrund von Unzufriedenheit über ihre heimische Performanz oder nicht vielleicht zunehmend auch wegen ihrer europapolitischen Positionen bestrafen, denn dass Regierungsparteien in Europawahlen Stimmen verlieren »is also consistent with the interpretation suggesting that those who are worried by further steps in integration deem the incumbent government responsible for supporting them« (Bartolini 2005: 343). Wenn man nicht nur – wie bislang in der Literatur gängig – das Abschneiden der Regierungsparteien betrachtet, sondern zudem auch für den Faktor nationale Wahlabsicht kontrolliert, fällt es einfacher, zwischen beiden alternativen Lesarten desselben Effekts zu diskriminieren (vgl. Manow 2005). Da die Bedeutung der nationalen Wahlabsicht im Verlauf der Zeit deutlich abgenommen hat, die elektorale Bestrafung der jeweiligen Regierungsparteien jedoch im gleichen Zeitraum erheblich ausgeprägter ausgefallen ist, spricht in der Tat einiges dafür, dass Europas Wähler verstärkt dazu übergegangen sind, *europapolitische*, insbesondere europaskeptische Signale an die heimischen Parteien zu senden.

Wenn ich in diesem Zusammenhang von einer Tendenz der Europäisierung der Europawahlen gesprochen habe, ist somit etwas anderes gemeint als die Ausbildung eines gemeinsamen politischen Marktes mit genuin europäischen Parteien und einem *issue space* eigenständiger europäischer Themen. Europäisierung meint hier nicht, dass ein *European demos in the making* zu beobachten wäre. Ein solches Szenario scheint ähnlich weit entfernt wie ein europäischer

Sozialstaat, der den Gemeinsamen Markt umverteilerd korrigiert. Im Gegenteil, wenn Europa selbst in den Europawahlen zum Thema wird, dann sind erneut die vermutlichen Primäradressaten dieser elektoralen Signale die jeweiligen nationalen Regierungen, die über ihre privilegierte Stellung in den Entscheidungsprozeduren der Europäischen Union den Integrationspfad zentral bestimmen. Die europapolitischen Konsequenzen dieser Art der Europäisierung der Europawahlen könnten daher auch durchaus paradox ausfallen. Denn die nationale Kodierung des Wahlverhaltens in den EP-Wahlen der Vergangenheit konnte immer auch als Ausdruck des permissiven Konsensus über den europäischen Integrationspfad verstanden werden, und die zunehmende Thematisierung konstitutioneller und politökonomischer Grundfragen des Integrationsprozesses in den Europawahlen selber wäre dann als Anzeichen der schleichenden Aufkündigung dieses permissiven Konsensus zu verstehen (Bartolini 2005: 349).

Träfe diese Deutung zu, schließt sich die Frage nach den Rückkoppelungseffekten auf die politischen Entscheidungsprozesse innerhalb der Union unmittelbar an. Eine plausible Spekulation in diesem Zusammenhang lautet, dass die gesteigerte europäische *awareness* von Europas Wählern und ihre wachsende Skepsis gegenüber dem Integrationsmodus die Chancen auf eine positive Koordination der Mitgliedstaaten eher verringern. In dem europäischen Zwei-Ebenen-Spiel nimmt die Wahrscheinlichkeit einer suprastaatlichen Einigung dann ab, wenn zu Hause das mögliche Einigungsset immer enger definiert wird und damit die europapolitische Handlungsautonomie der nationalen Eliten immer stärker begrenzt wird (Putnam 1988). Dies macht Blockaden in den vetoanfälligen Entscheidungsstrukturen der EU noch wahrscheinlicher. Die solcherart blockierten Strukturen haben aber schon in der Vergangenheit genau jenen negativen Integrationsmodus systematisch privilegiert, den Wolfgang Streeck schon in den 1990er Jahren so nüchtern analysiert hat und gegen den sich offensichtlich nun zunehmender elektoraler Unmut richtet.

Literatur

- Bartolini, Stefano, 2005: *Restructuring Europe: Centre Formation, System Building, and Political Structuring between the Nation-state and the European Union*. Oxford: Oxford University Press.
- Burkhardt, Simone, 2005: Parteipolitikverflechtung. Über den Einfluss der Bundespolitik auf Landtagswahlentscheidungen von 1976–2000. In: *Politische Vierteljahresschrift* 46, 14–38.
- Caramani, Daniele, 2006: Is there a European Electorate and what Does it Look Like? Evidence from Electoral Volatility Measures, 1976–2004. In: *West European Politics* 29, 1–27.
- Carrubba, Cliff/Richard J. Timpone, 2005: Explaining Vote Switching across First- and Second-Order Elections: Evidence from Europe. In: *Comparative Political Studies* 38, 260–281.
- Checkel, Jeffrey T., 2005: International Institutions and Socialization in Europe: Introduction and Framework. In: *International Organization* 59, 801–826.
- Corbett, Richard/Jordan Jacobs/Michael Shackleton, 2003: *The European Parliament*. 5. Auflage. London: John Harper.
- Eijk, Cees van der/Mark N. Franklin, 1996: *Choosing Europe? The European Electorate and National Politics in the Face of the Union*. Ann Arbor: Michigan University Press.
- Farrell, David M./Roger Scully, 2005: Electing the European Parliament: How Uniform are »Uniform« Electoral Systems. In: *Journal of Common Market Studies* 43(5), 969–984.
- Franzese, Robert J. Jr., 2002: Electoral and Partisan Cycles in Economic Policies and Outcomes. In: *Annual Review of Political Science* 5, 369–421.
- Genschel, Philipp, 1998: Markt und Staat in Europa. In: *Politische Vierteljahresschrift* 39, 55–79.
- Hassel, Anke/Bernhard Ebbinghaus, 2000: Striking Deals: The Role of Concertation in the Reform of the Welfare State. In: *Journal of European Public Policy* 7, 44–62.
- Hix, Simon, 2005: *The Political System of the EU*. 2. Auflage. London: Palgrave MacMillan.
- Hix, Simon/Michael Marsh: *Understanding European Parliament Elections: Punishment or Protest?*, im Erscheinen.
- Kousser, Thad, 2004: Retrospective Voting and Strategic Behavior in European Parliament Elections. In: *Electoral Studies* 23, 1–21.
- Kreppel, Amie, 2002: *The European Parliament and Supranational Party System: A Study in Institutional Development*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Manow, Philip, 2005: *National Vote Intention and European Voting Behaviour, 1979–2004: Second Order Effects, Election Timing, Government Approval and the Europeanization of European Elections*. MPIfG Discussion Paper 05/11. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/mpifg_dp/dp05-11.pdf>
- Marks, Gary/Carole J. Wilson/Leonard Ray, 2002: National Political Parties and European Integration. In: *American Journal of Political Science* 46, 585–594.
- Marks, Gary, et al., 2006: Party Competition and European Integration in East and West: Different Structure, Same Causality. In: *Comparative Political Studies*, im Erscheinen.
- Marsh, Michael, 1998: Testing the Second-Order Election Model after four European Elections. In: *British Journal of Political Science* 28, 591–607.
- , 2005: The Results of the 2004 European Parliament Election and the Second-Order Model. In: Oskar Niedermeyer/Hermann Schmitt (Hrsg.), *Europawahl 2004*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, 142–158.
- Putnam, Robert D., 1988: Diplomacy and Domestic Politics: The Logic of Two-Level Games. In: *International Organization* 42, 427–460.

- Ray, Leonard, 1999: Measuring Party Orientations towards European Integration: Results from an Expert Survey. In: *European Journal of Political Research* 36, 283–306.
- Reif, Karlheinz, 1984: National Electoral Cycles and European Elections 1979 and 1984. In: *Electoral Studies* 3, 244–255.
- , 1997: European Elections as Member State Second-Order Elections Revisited. In: *European Journal of Political Research* 31, 115–124.
- Reif, Karlheinz/Herrmann Schmitt, 1980: Nine Second-Order National Elections: A Conceptual Framework for the Analysis of European Election Results. In: *European Journal of Political Research* 8, 3–44.
- Schäfer, Armin, 2005: *Die neue Unverbindlichkeit: Wirtschaftspolitische Koordinierung in Europa*. Frankfurt a.M.: Campus.
- Scharpf, Fritz W., 1999a: Demokratieprobleme in der Europäischen Mehrebenenpolitik. In: Wolfgang Merkel/Andreas Busch (Hrsg.), *Demokratie in Ost und West. Für Klaus von Beyme*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 672–694.
- , 1999b: *Regieren in Europa: Effektiv und demokratisch?* Frankfurt a.M.: Campus.
- Schmitt, Hermann, 2003: The Eurobarometers: Their Evolution, Obvious Merits, and Ways to Add Value to Them. In: *European Union Politics* 4, 243–251.
- , 2005: The European Parliament Elections of June 2004: Still Second Order? In: *West European Politics* 28, 650–679.
- Streeck, Wolfgang, 1996a: *Gewerkschaften zwischen Nationalstaat und Europäischer Union*. MPIfG Working Paper 96/1. Köln: Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung. <www.mpifg.de/pu/workpap/wp96-1/wp96-1.html>
- , 1996b: Neo-Voluntarism: A New European Social Policy Regime? In: Gary Marks et al. (Hrsg.), *Governance in the European Union*. London: Sage, 64–94.
- , 1998: Vom Binnenmarkt zum Bundesstaat? Überlegungen zur politischen Ökonomie der europäischen Sozialpolitik. In: Stephan Leibfried/Paul Pierson (Hrsg.), *Standort Europa: Sozialpolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Integration*. Frankfurt a.M.: Suhrkamp, 369–421.
- , 2000: Competitive Solidarity: Rethinking the »European Social Model«. In: Karl Hinrichs/Herbert Kitschelt/Helmut Wiesenthal (Hrsg.), *Kontingenz und Krise: Institutionenpolitik in kapitalistischen und postsozialistischen Gesellschaften*. Frankfurt a.M.: Campus, 245–261.
- , 2001: Wohlfahrtsstaat und Markt als moralische Einrichtungen: Ein Kommentar. In: Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), *Die beste aller Welten? Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat*. Frankfurt a.M.: Campus, 135–167.
- Streeck, Wolfgang/Philippe C. Schmitter, 1991: From National Corporatism to Transnational Pluralism: Organized Interests in the Single European Market. In: *Politics and Society* 19, 133–164.
- Tsebelis, George, et al., 2001: Legislative Procedures in the European Union: An Empirical Analysis. In: *British Journal of Political Science* 31, 573–599.
- Weiler, Joseph H.H., 1991: The Transformation of Europe. In: *The Yale Law Journal* 100, 2403–2483.
- Weiler, Joseph H.H./Ulrich Haltern/Franz C. Mayer, 1995: European Democracy and its Critique. In: *West European Politics* 18, 4–39.

